

Ergebnisse der 3. Runde Europäische HausParlamente von Pulse of Europe: “Die Zukunft europäischer Solidarität”

Stand: 29.12.2020

Liebe Teilnehmer*innen und politische Dialogpartner*innen,

die dritte Runde der Europäischen HausParlamente wurde von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und 30 weiteren Politiker*innen unterstützt. Unter anderem deshalb ist es uns von der Bürgerbewegung Pulse of Europe in der 3. Runde der Europäischen HausParlamente gleich **in mehrfacher Hinsicht gelungen**, Innovationen zur Beteiligung von Bürger*innen an EU-Politik umzusetzen.



Pulse of Europe bietet **das erste europaweite, skalierbare Graswurzel-Projekt** zur Beteiligung von Europäer*innen an EU-politischen Entscheidungen an. Es funktioniert offline vor Ort und nun auch online per **Video-HausParlamente**. Unser Ziel ist es, ein dauerhaftes, bürgernahes Format zum Austausch mit EU-Politiker*innen zu schaffen.

Erstmals haben sich im Herbst 2020 Menschen aus Deutschland, Österreich, Italien, Luxemburg, Polen, Belgien, den Niederlanden, Schweden, Portugal, Spanien, Bulgarien und Frankreich über ihre Wünsche an die EU ausgetauscht. Dazu kamen zahlreiche **länderübergreifende HausParlamente**, die einen konkreten Beitrag zu einem grenzüberschreitenden europäischen Dialog leisten.



EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



Zum Video gelangst Du, indem Du auf das Bild klickst.

Etwa 700 Europäer*innen haben vor Ort an HausParlamenten teilgenommen. Weitere 500 haben über die **neuen Video-HausParlamente** kontrovers über die Zukunft europäischer Solidarität diskutiert. Die Rückmeldungen stimmen zuversichtlich: Wie auch in den ersten beiden Runden der Europäischen HausParlamente waren die Teilnehmer*innen der privat organisierten Gesprächsrunden **begeistert von dem konstruktiven Austausch, dem gegenseitigen Verständnis** und

dem Erkenntnisgewinn aus den strukturierten Diskussionen über die Zukunft europäischer Solidarität.

Die Video-HausParlamente ermöglichten eine besondere Neuheit: Erstmals wurden Teilnehmer*innen zu HausParlamenten zugelost. Durch die Video-Funktion konnten Menschen aus unterschiedlichen Regionen Europas zusammenfinden - **HausParlamente per Matching-Prozess**. So sind unter anderem generationenübergreifende Debatten mit unterschiedlichen politischen Haltungen entstanden.

Während europäische Institutionen und Initiativen weiterhin an Details der **Conference on the Future of Europe** arbeiten, gehen wir bereits mehrere Schritte voraus: Die Europäischen HausParlamente bieten Raum zum Austausch und dem Abwägen unterschiedlicher Perspektiven und binden

	Ursula von der Leyen	EC
	Manfred Weber	EPP
	Othmar Karas	EPP
	Paulo Rangel	EPP
	Rainer Wieland	EPP
	Hildegard Bentele	EPP
	Katja Leikert	CDU
	Katarina Barley	S&D
	Gaby Bischoff	S&D
	Pedro Marques	S&D
	Lukasz Kohut	S&D
	Michael Roth	SPD
	Fabienne Keller	Renew
	Nicola Beer	Renew
	Moritz Körner	Renew
	Svenja Hahn	Renew
	Andi Glück	Renew
	Jan Christoph Oetjen	Renew
	Michael Link	Renew
	Michael Theurer	FDP

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



	Gwendoline Delbos-Corfield	Greens / EFA
	Ska Keller	Greens / EFA
	Damian Boeselager	Greens / EFA
	Franziska Brantner	Bündnis 90 / Die Grünen
	Michael Bloss	Greens / EFA
	Jutta Paulus	Greens / EFA
	Daniel Freund	Greens / EFA
	Hannah Neumann	Greens / EFA
	Sergey Lagodinsky	Greens / EFA
	Martin Schirdewan	GUE / NGL
	Helmut Scholz	GUE / NGL

europäische Bürger*innen in einem Prozess der differenzierten Meinungsbildung in die europäische Demokratie ein.

Durchweg positiv waren die Rückmeldungen der zahlreichen politischen Dialogpartner*innen aus dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag, aus fünf verschiedenen Ländern und fünf verschiedenen Parteien, die die dritte Runde der Europäischen HausParlamente unterstützen. Sie wollen mit Europas Bürger*innen in Kontakt treten, um anschließend die Diskussionsergebnisse entgegenzunehmen und hierzu Stellung zu beziehen. Außerdem trugen sie maßgeblich zur Verbreitung des Projekts bei, etwa in den Social Media.

Damit konnten wir an eine bedeutende Anzahl von EU-Bürger*innen das Signal senden: Die EU ist ein Teil des öffentlichen Lebens und die Menschen haben Anteil an der in Brüssel stattfindenden politischen Meinungsbildung.

Wir gehen derzeit davon aus, dass europaweit über Print und Social Media etwa eine Million Menschen (z.B. ca. 420.000 über Facebook und ca. 210.000 über Twitter) von den Europäischen HausParlamenten erfahren haben. Darüber hinaus wurden per Newsletter, u.a. von Pulse of Europe sowie von unseren Kooperationspartnern [Democracy International](#) und [openPetition](#), etwa 400.000 Menschen über das Projekt informiert. Damit haben wir sichergestellt, dass ein **breites politisches Spektrum von Bürger*innen zur Teilnahme an den HausParlamenten motiviert wurde und eine entsprechende Bandbreite politischer Meinungen in den Diskussionen abgebildet ist.**



Ergebnisse der Diskussion in den Europäischen HausParlamenten

Von den knapp 1.200 Teilnehmer*innen haben etwa 1.000 Teilnehmer*innen Ergebnisse eingereicht. Diese knapp 200 Europäischen HausParlamente haben sich **mit deutlicher Mehrheit für mehr gegenseitige Solidarität in Europa ausgesprochen.**



EUROPEAN
HOMEPARLIAMENTS

L'EUROPE N'EST PAS FAITE DE
PAYS PAUVRES ET DE PAYS
RICHES, MAIS DE PAYS QUI
VEULENT TRAVAILLER
ENSEMBLE.

EUROPA BESTEHT NICHT AUS
REICHEN UND ARMEN
LÄNDERN, SONDERN AUS
LÄNDERN, DIE
ZUSAMMENARBEITEN WOLLEN.

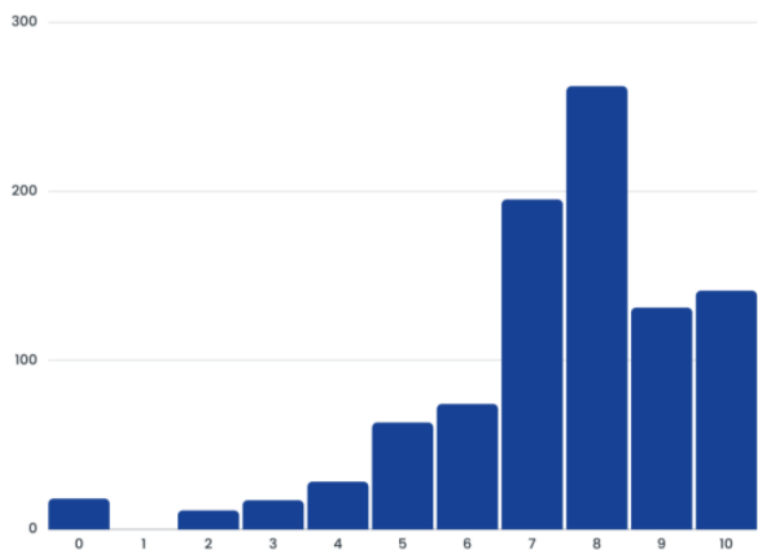
FRANCE - 2020



1) Sollen wohlhabende EU-Mitgliedstaaten den von Krisen besonders stark betroffenen Mitgliedstaaten verstärkt wirtschaftlich unter die Arme greifen?

Zu der Frage wählten die Teilnehmer*innen auf einer Skala von 0 (auf keinen Fall) bis 10 (ja, unbedingt) durchschnittlich den Wert **7,4**: Eine klare **Unterstützung für gegenseitige Solidarität im Krisenfall.**

Die Auswertung der Argumente hinter dem tendenziell homogenen Stimmungsbild offenbart ein facettenreiches Meinungsbild. Die



EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



meisten HausParlamente wünschen sich gegenseitige wirtschaftliche Unterstützung im Krisenfall, weil dadurch Zusammenhalt und gegenseitiges Vertrauen gestärkt wird, was wiederum die **außenpolitische Handlungsfähigkeit** der Staatengemeinschaft stärkt. Darüber hinaus sei gegenseitige Solidarität verpflichtend, weil sie den Glauben an die EU und ein gemeinsames Selbstverständnis fördere. Ein weiteres wichtiges Argument war, dass sowohl die Geber als auch die Nehmer der Finanzmittel **profitieren**. Im gleichen Zuge wurde deutlich, dass finanzielle Unterstützungen genutzt werden müssen, um die EU und die Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln. Mit den Förderungen sollen verschiedene **Bedingungen** eingehalten werden, die genau kontrolliert werden müssen. Das bedeutet: Hilfen sollen möglichst präzise ihren Zielen zugeordnet und anschließend transparent nachverfolgt werden können.



EUROPEAN
HOMEPARLIAMENTS

**FINANZIELLE SOLIDARITÄT
STÄRKT DEN GLAUBEN AN
DIE EU IN DEN
BETROFFENEN
BEVÖLKERUNGEN.**

2020



**WIR UNTERSTÜTZEN
SOLIDARISCH ANDERE
MITGLIEDSTAATEN, WENN
DIE UNTERSTÜTZUNG MIT
ENTSPRECHENDEN
STRUKTURREFORMEN
VERBUNDEN WIRD.**

2020



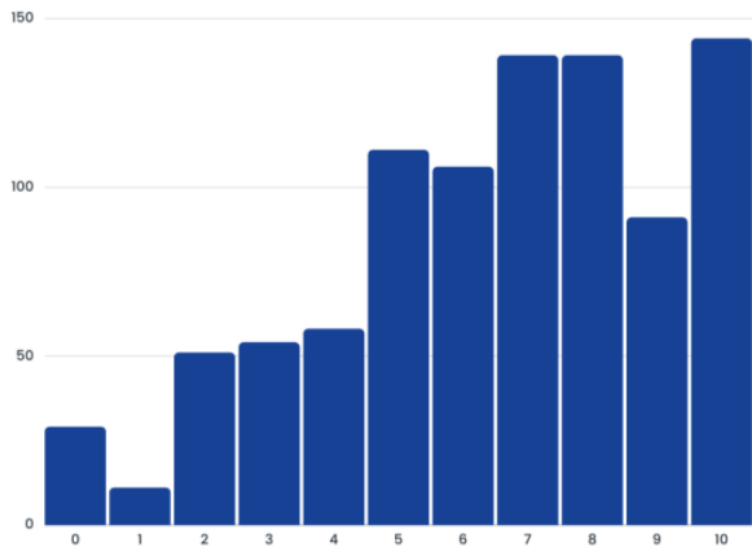
Die genannten Gegenargumente zeigen, warum manche Menschen wirtschaftlicher Unterstützung im Krisenfall widersprechen: Sie kann **strukturelle Reformen konterkarieren**, die in von Krisen besonders betroffenen Ländern notwendig sind. Darüber hinaus ist es für viele Menschen wichtig, dass finanzielle Unterstützung an Bedingungen gebunden ist, die allerdings nur schwer kontrolliert werden können. Auch das war ein Argument gegen finanzielle Unterstützung. Außerdem schafft gegenseitige Unterstützung nicht nur Zusammenhalt, sie stärkt auch ein Argument europaskeptischer Initiativen und **fördert insofern Kritik an der EU**.

Dieses Bild war in HausParlamenten in Deutschland ähnlich wie in anderen Ländern Europas. Deutlich wurde die Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung, wenn sie gezielt eingesetzt wird, sprich den regionalen Industrien langfristige Starthilfe gibt. **Die**

Bindung der Förderung an Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit wurde ebenfalls länderübergreifend gefordert. In Frankreich speziell wurde wiederholt betont, dass mit der EU-Nothilfe lokale Strukturen gefördert werden sollen.

2) Soll die EU verstärkt in sozialpolitische Maßnahmen investieren, um der sozialen Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten entgegenzuwirken?

Zu der Frage waren die Teilnehmer*innen unterschiedlicher Ansicht. Hier liegt der Durchschnittswert bei **6,4**, wobei sowohl sehr hohe als auch sehr niedrige Werte angegeben wurden. **Die Diskussionsteilnehmer*innen waren unterschiedlicher Ansicht im Hinblick auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten.**



Während ein Drittel der HausParlamente in der EU eine **Wirtschaftsgemeinschaft** sieht, wünschen sich andere, dass zunehmend Wert darauf gelegt wird, sozialer Ungleichheit zwischen Mitgliedstaaten entgegen zu wirken. Investitionen in sozialpolitische Maßnahmen seien nicht nur als Selbstzweck unterstützenswert, sondern stärkten auch das **Gemeinschaftsgefühl** und die europäische Identität.



EUROPEAN
HOMEPARLIAMENTS

**FREIE MÄRKTE:
JA!**

**SOZIALPOLITIK:
AUCH!**



2020

Unabhängig von ihrer Nationalität sehen die Befürworter eine harmonische europäische Sozialpolitik als einen Weg, um Zusammenhalt in der EU zu schaffen. Soziale Ungleichheiten können in der Tat als Bedrohung für den Zusammenhalt in der EU

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



empfundener werden. Durch eine Harmonisierung der Sozialsysteme hoffen einige der Befürworter*innen auf eine Einschränkung der Migration zwischen europäischen Ländern. In einigen Diskussionen kam der Punkt auf, dass mehr in Bildung investiert werden solle, um soziale Gerechtigkeit zu fördern.



EUROPEAN
HOUSEPARLIAMENTS
**DIE VERSCHIEDENHEIT
DER SOZIALEN SYSTEME
MACHT ES NAHEZU
UNMÖGLICH,
FINANZIELLEN AUSGLEICH
GERECHT ZU GESTALTEN**

2020

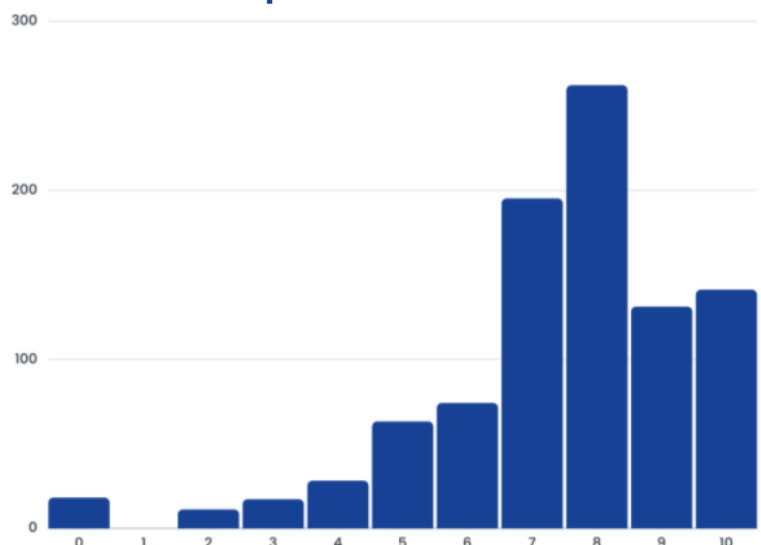
Zwar wünschen sich einige Bürger*innen ergänzend zum freien Markt eine **gemeinsame Sozialpolitik**, fast genauso viele halten diese Annäherung aber angesichts der **unterschiedlichen Sozialversicherungssysteme** und **kulturellen Hintergründe** für nicht zielführend. Sie denken, dass ein solches Unterfangen nur scheitern könne.



Einige HausParlamente meinen, es sei Aufgabe der Staaten und nicht der EU, ihre Bevölkerung sozial abzusichern, zumal auch innerhalb der Staaten ein immer größeres Wohlstandsgefälle entstanden ist. Zusätzlich zu diesen strukturellen Defiziten halten einige Teilnehmer*innen die Ausgaben für eine gemeinsame EU-Sozialpolitik für unangebracht.

3) Soll die EU aus Solidarität mit zukünftigen Generationen primär umweltverträgliche Innovationen und Arbeitsplätze fördern?

Ein ganz eindeutiges Bild zeigt sich indes zu der Frage, ob die EU primär umweltfreundliche Investitionen und Arbeitsplätze fördern sollte. Im Durchschnitt wählten die Teilnehmer*innen hier den Wert **8,9**. **Insofern sprechen die Teilnehmer*innen selbst nach Abwägung der Gegenargumente eine klare Handlungsaufforderung für mehr Investitionen in Klimaschutz aus.**



EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



EUROPEAN
HOMEPARLIAMENTS

**WER SEINE WIRTSCHAFT
FRÜHZEITIG ÖKOLOGISCH
AUSRICHTET, SICHERT
SICH
WETTBEWERBSVORTEILE
FÜR DIE ZUKUNFT.**

2020



ökologische Nachhaltigkeit. Dabei gab es länderübergreifende Übereinstimmung. Ihrer Meinung nach muss die EU diesen ambitionierten Strukturwandel nicht nur für besonders betroffene Branchen, sondern auch in den Mitgliedstaaten unterstützen, die wirtschaftlichen Nachholbedarf haben und stark in traditionellen, CO₂-intensiven Industrien tätig sind. Den betroffenen **Menschen** muss dieser schnelle wirtschaftliche und soziale Wandel gut erklärt werden, um gesellschaftlichen Spannungen entgegenzuwirken, zum Beispiel über europaweite Medien. Außerdem wünschen einige ein langsames Vorgehen, um die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes sowie Einschränkungen der Wettbewerbsfähigkeit zu senken.

Bei der Frage zur Förderung umweltverträglicher Innovationen und Arbeitsplätze bekräftigte eine Mehrzahl der HausParlamente (40%), dass ein Umsteuern beim Klimawandel **dringend und notwendig** ist. Es geht nicht um das „Ob und wann“, sondern um das „Wie jetzt?“! Dieser **nachhaltige Wandel** erhält ihrer Meinung nach nicht nur Arbeit und Sozialsysteme, sondern erhöht auch die **Wettbewerbsfähigkeit** der EU. Letzteres ist ein weiteres Argument für ein schnelles Umsteigen. So wurde bestätigt, dass die Finanzmittel im Sinne des „**EU Green Deal**“ jetzt zukunftsfähig eingesetzt werden sollen, um kommende Generationen nicht übermäßig zu belasten. Die Teilnehmer*innen unterstrichen, **dass dieser Wandel eine Chance** darstellt.

Nur etwa ein Fünftel der HausParlamente äußerte **Bedenken** gegenüber einem starken Fokus auf



Politiker reagieren live – diskutiere mit ihnen!

Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Durchführung und Ergebnisse der Europäischen HausParlamente positiv kommentiert. Auch sie stellt die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Pandemie und des Klimawandels in den Vordergrund.



Zum Video gelangst Du, indem Du auf das Bild klickst.

Im gleichen Zug erhalten die unterstützenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des deutschen Bundestags die Ergebnisse der Europäischen HausParlamente. Die meisten von Ihnen werden in Video-Statements Stellung zu diesen beziehen. **Einige ausgewählte werden live in Webinaren auf die Ergebnisse reagieren. Zu diesen Webinaren sind nicht nur die Teilnehmer*innen der HausParlamente eingeladen. Jede/r Interessierte kann – nach Anmeldung diskutieren mit:**

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



Am 05.01.2021 um 19 Uhr im live-Webinar mit Katarina Barley (DE) und Łukasz Kohut (PL) von der S&D - Fraktion. [Zum Facebook-Event](#)

Am 07.01.2021 um 19 Uhr im live-Webinar mit Nicola Beer (DE) und Fabienne Keller (FR) von Renew Europe. [Zum Facebook-Event](#)



Am 11.01.2021 um 19 Uhr im live-Webinar mit Manfred Weber (DE) und Othmar Karas (AT) von der EVP – Fraktion. [Zum Facebook-Event](#)

Konkreter Termin folgt – Vorab-Anmeldung über unten stehenden Link



Konkreter Termin folgt – Vorab-Anmeldung über unten stehenden Link

Eine [Anmeldung ist hier](#) möglich.

Mehr Informationen zu den Webinaren mit EU-Politiker*innen findest Du [hier](#).

EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE



Die Zukunft der Europäischen HausParlamente

Durch unser innovatives Konzept der deliberativen Bürgerbeteiligung sind unterschiedliche Akteur*innen aus dem Umfeld der **CoFoE** auf unser Projekt aufmerksam geworden. Wir haben mit ihnen zwischenzeitlich zahlreiche Gespräche geführt und bereits konkrete Vorkehrungen getroffen, um im Rahmen der für das **Frühjahr 2021** geplanten **vierten Runde der Europäischen HausParlamente ein nennenswerter Bestandteil der geplanten transnationalen Plattform für mehr Bürgerbeteiligung in der EU zu werden.**

Unserem **Ziel, einen direkten und ergebnisorientierten Dialog zwischen EU-Bürger*innen und EU-Politiker*innen zu fördern,** sind wir näher gekommen: Die Teilnahme von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und 30 weiteren Politiker*innen macht die Bedeutung des Projekts der Europäischen HausParlamente für die europäische Demokratie deutlich. Wir sind gespannt zu hören, welche Positionen sie zu den gestellten Fragen und Debattergebnissen einnehmen und wie sie die Meinung der Menschen in aktuelle EU-politische Entscheidungen einfließen lassen.

Dank unserer oben genannten Erfahrungen und den eingeführten Innovationen werden wir in den kommenden Runden die Europäischen HausParlamente **verstärkt im europäischen Ausland verankern, den transnationalen Dialog verstetigen, sowie durch den neuen Matching-Prozesses noch heterogenere Gesprächsgruppen** zusammenbringen. Eingerahmt wird diese Strategie von dem übergeordneten Ziel, durch eine schrittweise **Institutionalisierung** des Projekts noch deutlich mehr Europäische HausParlamente auszurichten.

Wir als Pulse of Europe freuen uns sehr, damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Vitalisierung der europäischen Öffentlichkeit und Demokratie leisten zu können!

Let's be the Pulse of Europe!



openPetition

